



# Sonntagsschutz ist Freiheitsschutz

Zeitkonferenz in Berlin zum zehnjährigen Jubiläum



Auf einer der Haupteinkaufsmeilen Berlins legten sich die über 100 Teilnehmer auf Liegestühle mit dem Motto der Zeitkonferenz und gaben Informationen.

„Es dreht sich was beim Sonntagsschutz“ – unter diesem Motto stand die 6. Zeitkonferenz der Allianz für den freien Sonntag auf Bundesebene. Zahlreiche höchstrichterliche Urteile haben in den zehn Jahren seit Bestehen der Sonntagsallianz auf Bundesebene den Schutz des arbeitsfreien Sonntags entscheidend gestärkt.

Maßgeblich hierfür war vor allem ein wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus 2009. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a.D. gab als Hauptredner einen Einblick in die aktuelle Lage des Sonntagsschutzes aus verfassungsrechtlicher Sicht. Zentrale These seines Vortrages: „Aus Sicht der Verfassung

ist Sonntagsschutz Freiheitsschutz“. Die Verfassung gebietet einen starken Schutz des arbeitsfreien Sonntages, um jene Freiheiten zu schützen, ohne die eine demokratische Gesellschaft nicht lebensfähig ist. Eine stabile Demokratie benötigt Freiräume jenseits ökonomischer Interessen, um sich ihrer sozialen Grundlagen zu vergewissern. Dahinter müssen aus Verfassungssicht unternehmerische Interessen und Konsumentenwünsche zurückstehen.

Friedrich Kühn, juristischer Berater der Allianz für den freien Sonntag gab ergänzende Informationen und ermutigte die Unterstützer der Sonntagsallianzen, aufmerksam die Lage des Sonntagsschutzes vor Ort zu beobachten und

2016

## Moment mal!



### Es geht auch anders!

Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist nach dem Grundgesetz ein höchstes Gut. Verkaufsoffene Sonntage müssen danach eine Ausnahme und an enge gesetzliche Bedingungen geknüpft sein. Doch immer mehr Städte schöpfen die erlaubte Höchstzahl aus. Dadurch wird der Sonntagsschutz immer mehr ausgehöhlt. Auch die Anlässe zur Genehmigung sind oft lächerlich. Ich glaube, die Verfassungsväter hatten sich nicht vorgestellt, dass der Frühling, eine Auto- oder Modenschau als Öffnungsanlässe erhalten könnten.

Was hier so kundenfreundlich aussieht, wirkt sich langfristig schädlich für unsere Gesellschaft aus. Die Zahl derer, die am Sonntag arbeiten müssen, nimmt kontinuierlich zu. Die Beschäftigten verlieren noch mehr an persönlicher freier Zeit und „sozialer“ Zeit für Familie, Sport, Kultur, Kirche und Politik. Ich habe den Eindruck, dass die kritischen Einwände der Kirchen, Verbände und Gewerkschaften in den Rathäusern vielfach einfach abgeheftet werden. Dabei haben sie die Pflicht, sensibel mit den unterschiedlichen Interessen umzugehen.

Hans-Georg Orthlauf-Blooß, Kath. Arbeitnehmer- und Betriebsseelsorge Mainz

eventuelle Verstöße zu dokumentieren und juristisch prüfen zu lassen.

## Verstöße sollen dokumentiert und juristisch geprüft werden

Beispielhaft hierfür ist ein von Kühn begleitetes Vorhaben der hessischen Allianz, die hessische Kommunen und Landkreise anschreiben wird, um diese auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. November 2015 hinzuweisen, mit welchem die Anforderungen an die Zulassung von Sonntagsöffnungen aufgrund von Messen, Märkten und ähnlichen Veranstaltungen gemäß Ladenschlussgesetz deutlich angehoben wurden.

Im Zuge der Konferenz startete die Allianz für den freien Sonntag auch eine bundesweite Unterschriftenaktion gegen die Sonn- und Feiertagsarbeit in Call Centern. „Es besteht kein gesetzlicher Regelungsbedarf, branchen- und berufsspezifische Ausnahmen bei der

Arbeit am Sonntag zuzulassen“, erklärte der Verfassungsjurist Papier. Dies hat auch das Bundesverwaltungsgericht in seinem jüngsten Urteil gegen Sonntagsarbeit in Call Centern in Hessen bestätigt. Mit der Unterschriftenaktion „Sonntagsarbeit - Nein, danke!“ setzen sich Gewerkschaften und kirchliche Arbeitnehmerorganisationen für die bundesweite Umsetzung des Verbotes der Sonntagsarbeit in Call Centern ein.



© Norbert Feuler, kda Bayern

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D. Hans-Jürgen Papier hatte 2009 an einem wegweisenden Urteil zum Sonntagsschutz mitgewirkt.

# Differenzen der Parteien beim Sonntagsschutz

## Auswertung der Befragung der Kandidaten zur Landtagswahl

Im Vorfeld der Wahl für den 17. rheinland-pfälzischen Landtag hat die Allianz für den freien Sonntag in Rheinland-Pfalz Kandidatinnen und Kandidaten für ein Abgeordnetenmandat gebeten, mit der Allianz ein Sonntagsvereinbarung abzuschließen. Darin erklären sich die Kandidaten bereit, dass sie im Fall der Wahl für eine konsequente Eindämmung verkaufsoffener Sonn- und Feiertage und eine kritische, branchenübergreifende Überprüfung der Genehmigungspraxis der Sonn- und Feiertagsarbeit in verschiedenen Rechtsbereichen (Ladenöffnungsgesetz, Feiertagsgesetz, Bedarfsgewerbeverordnung, Messe-, Ausstellungs- und Märktengesetz etc.) einzutreten.

Angeschrieben wurden die Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien. 30 Rückmeldungen sind bislang eingetroffen,

seitens der CDU und der SPD gab es auch je eine Rückmeldung im Namen der gesamten Landtagsfraktion. Bei den Antworten der Grünen sieht man ebenfalls, dass es auch dort eine gemeinsame Linie gibt.

Deutlich bei den Antworten wird: Fast alle Kandidatinnen und Kandidaten der derzeit die Regierung stellenden Parteien SPD und Bündnis 90 / Die Grünen finden der Status quo in Sachen Sonntagsregelungen gut und ausreichend. Mit dem Ladenöffnungsgesetz und dem Landesgesetz über Messen, Ausstellungen und Märkte würden die Möglichkeiten für die Sonn- und Feiertagsverkäufe sehr begrenzt und angemessener Schutz sei gewährleistet. Ein Wunsch z. B. nach einer Ausweitung der Öffnungsmöglichkeiten an Sonn- und Feiertagen ist bei den Rückmeldungen aus dem „Regierungslager“ nicht zu erkennen. Allerdings gibt es kaum Unterstützung

für eine Eindämmung von verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen. Lediglich eine Kandidatin verweist darauf, darauf, dass die bisher geltenden großzügigen Ladenöffnungszeiten längst ausreichen, und es nicht zusätzliche Öffnungszeiten an Sonntagen braucht. Die SPD-Fraktion schreibt sinngemäß: „Da die derzeitigen Regelungen gut sind, gibt es keine Veranlassung, die Sonntagsvereinbarung der Allianz in der vorliegenden Form zu unterzeichnen.“



» ... möchte ich ausdrücklich betonen, dass auch der SPD-Landtagsfraktion der Sonntag als grundsätzlich arbeitsfreier Tag aus religiösen, sozialen oder aber auch gesundheitlichen Aspekten wichtig ist. Der Sonntag trägt maßgeblich zur Qualität menschlichen Zusammenlebens bei. «

Carsten Pörksen, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verwiesen wird mehrfach auf die Kommunen, in deren Entscheidungshoheit es liege, verkaufsoffene Sonntage zu genehmigen und deren Aufgabe es sei, die Einhaltung der Gesetze zu überwachen.



» Beschäftigte brauchen die Möglichkeit, sich von ihrer Arbeit auch erholen zu können und benötigen Zeit für Freizeit und Freunde. Ich lehne von daher eine Ausweitung der Regelung des verkaufsoffenen Sonntage ab und setze mich für die Einhaltung des Sonntagschutzes ein. «

Daniel Köbler, MdL  
Vorsitzender Bündnis 90 Die Grünen

Auch bei der CDU wird deutlich, dass es eine ziemlich einheitliche Linie in Sachen Sonntagschutz gibt. Kandidatinnen und Kandidaten der CDU betonen ebenso wie die Fraktion die „zentrale Bedeutung der gemeinsamen Auszeiten, die der Sonntag gerade in unserer hektischen und unruhigen Gesellschaft bietet“. Beobachtet wird, „dass die Zahl der Erwerbstätigen, die an Sonntagen arbeiten müssen, steigt. Auf kommunaler Ebene werden vermehrt Ausnahme genehmigungen für verkaufsoffene Sonntage erteilt.“ Daher werde sich eine CDU geführte Landesregierung für eine Stärkung des Sonntagschutzes einsetzen und die Bemühungen der Allianz für den freien Sonntag unterstützen.

# CDU

» Eine CDU geführte Landesregierung wird sich für eine Stärkung der Sonntagschutzes einsetzen und Sie [die Allianz für den freien Sonntag] in ihren Bemühungen unterstützen. Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden. Sie müssen im öffentlichen Interesse stehen. Denn wenn der Sonntag zu einem Arbeitsalltag wird, verliert er seine Besonderheit. «

Julia Klöckner, MdL  
Vorsitzende CDU-Fraktion

Last but not least: Die Linke: Aus den Rückmeldungen wird die Sorge um die Arbeitnehmer und vor allem auch Arbeitnehmerinnen deutlich: Überwiegend seien Frauen auf prekären Beschäftigungsverhältnissen von der Arbeit an verkaufsoffenen Sonntagen etc. betroffen.

# DIE LINKE.

» Der freie Sonntag ist eine der großen Errungenschaften der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er benötigt unsere Verteidigung in Zeiten von Prekarisierung und Leistungsdruck mehr denn je. «

Julian Theiß  
Kandidat zur Landtagswahl

Die Rückmeldungen zielen im Wesentlichen auf eine Verstärkung und Ausweitung des Sonntagschutzes ab.

## Mein Fazit

Als ich zuerst eine Reihe gleich oder ähnlich lautenden Antworten je nach Parteizugehörigkeit gelesen habe, dachte ich: Wie langweilig, die haben voneinander abgeschrieben. Aber inzwischen ist mir klar: Wir sind mit unserem Anliegen auch in den Landtagsfraktionen und Schaltstellen gelandet. Die haben sich damit beschäftigt und eine Antwort an uns ist ihnen wichtig. Gut so!

## Und inhaltlich gilt derzeit:

Als Unterstützer für unser Anliegen, eine Eindämmung verkaufsoffener Sonn- und Feiertage anzugehen bieten sich derzeit CDU und Linke an. SPD und Grüne sehen immerhin die derzeitigen Regelungen in Rheinland Pfalz als klare Grenze an.

Manfred Thesing



Manfred Thesing, Sprecher der Allianz für den freien Sonntag in RLP



© Volker Metzroth

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in der Innenstadt macht die Allianz immer wieder auf ihre Anliegen aufmerksam.

## Aus regionalen Allianzen: Bad-Kreuznach

# Ringen um verkaufsoffene Sonntage in Bad Kreuznach

## ACK, DGB und KAB gründen gemeinsame Sonntagsallianz

Am 15. Juli 2015 gründeten die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Katholische Arbeitnehmerbewegung die Bad Kreuznacher Allianz für den freien Sonntag. Am Turm der Heilig-Kreuz-Kirche wehte das Banner „Sonntag – ein Geschenk des Himmels“.

Rund 100 Menschen demonstrierten von dort durch die Stadt ins Bonhoeffer-Haus. Sprecher/innen der Gründungsmitglieder legten dar, weshalb sie den grundsätzlich arbeitsfreien Sonntag als eine kulturelle und sozialpolitische Errungenschaft gegen den Trend zu einer völligen Kommerzialisierung des Lebens verteidigen wollen. Die Oberbürgermeisterin der Stadt, Dr. Heike

Kaster-Meurer (SPD), sprach ein Grußwort, zeigte sich gesprächsbereit, verteidigte aber grundsätzlich vier offene Sonntage.

## Öffentlicher Raum zurück erobert

Dem voraus gingen fast 1 ½ Jahre mit Protestaktionen des DGB, nachdem die Einzelhändlervereinigung Pro City nach Mantel- und Frühlingssonntag nun auch am ersten Januar-Sonntag die Geschäfte öffnen ließ. Dabei wurde auch ein Stück öffentlicher Raum zurückerobert. Die Stadtverwaltung wollte nämlich die Zuständigkeit für die Genehmigung von Infoständen an verkaufsoffenen Sonntagen an Pro City abtreten. 2014 kamen ein rechtswidrig genehmigtes Mitternachtsshopping am Pfingstsonntag und ein vierter offener Sonntag am 1. Advent hinzu. Das verärgerte Kirchen und Gewerkschaften zusätzlich, weil sie zwar schriftlich „angehört“

wurden, ihre Argumente aber unbeachtet blieben.

Ein Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE zur Einschränkung der Sonntagsöffnungen unterstützen zwei Stadträte der SPD. Die übrigen stimmten im Sinne des Pro City e.V., der laut einer Zeitungsanzeige die Vormachtstellung im Einzelhandel der Region verteidigen wollte. Bei einem samstäglichem Mitternachtsshopping 2015 bis 24:00 Uhr, dessen Genehmigung öffentlich umstritten war, stellte dann die vom DGB angerufene Gewerbeaufsicht Verstöße gegen das Sonntagsarbeitsverbot fest.

## Diskussionsprozess in Kirchengemeinden und KAB mündete in Gründung

Im Sommer 2014 gab es Gespräche zwischen ACK und DGB. Dem grundsätzlichen Einver-

nehmen folgte dann ein Diskussionsprozess in den Kirchengemeinden. Weitere Gespräche, auch mit der KAB, mündeten in der Gründung der Allianz. Deren erste große Aktion war das Sammeln von über 1.500 Unterschriften auf Postkarten an die OB mit der Forderung: „Advent ohne Sonntags-Shopping!“ Hunderte unterschrieben am Mantelssonntag in der Innenstadt. Die Neuwieder Allianz beteiligte sich mit Engel und Teufel (siehe Bild).

## Am 1. Advent 2015 läuteten um 13:00 Uhr alle Kirchenglocken

Unter gutem Medienecho wurden die Karten der OB übergeben. Leider stoppte sie nicht die Ladenöffnung. Am 1. Advent 2015 läuteten dann um 13 Uhr alle Kirchenglocken in der Stadt, riefen Gläubige zur Andacht und warnten alle vor der Kommerzialisierung des Sonntags.

Nach einem Gespräch mit Vertretern von Arbeitsministerium, ADD, SGD Nord, Gewerbeaufsicht, Stadt Bad Kreuznach und Kolleg/innen von DGB und ver.di im November 2015 sah sich die lokale Allianz in ihren Positionen bestärkt. Dennoch wurde eine umstrittene Genehmigung für den 3. Januar erteilt.

Pro City hatte seinen Antrag zuvor öffentlich zurückgezogen. Der zuständige Dezernent Udo Bausch sprach von weiteren Antragstellern, weigert sich aber, diese zu benennen. Einsicht in die der ADD vorliegende Begründung der Rechtsverordnung verweigert er Gewerkschaften und Kirchen bis dato. Seine Antwort auf die Anfrage eines Ratsmitglieds verdeutlicht, dass wieder nur Verkaufs- und Konsuminteresse ausschlaggebend waren. Der Gipfel: obwohl ACK und ver.di schriftlich allen Sonntagsöffnungen für 2016 widersprachen, bestreitet das der zuständige Dezernent. Mit der gemeinsamen Aktion der landesweiten und der lokalen Allianz für den freien Sonntag am 3. März 2016, dem Tag des freien Sonntags, geht der Streit in die nächste Runde.

Volker Metzroth



© Hans-Georg Orthlauf-Blooß

Durch die Bad Kreuznacher Innenstadt führte der Demonstrationzug zum Bonhoeffer-Haus, wo die Gründungsveranstaltung stattfand.

## Impressum

**Herausgeber** Allianz für den freien Sonntag Rheinland-Pfalz c/o Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft • **Anschrift** Unionstr. 1 • 67657 Kaiserslautern • Fax: 0631-3642-153 • [info@sonntagsallianz-rlp.de](mailto:info@sonntagsallianz-rlp.de) • **Redaktion und Layout** • Referat Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz • Regionalstelle Mainz • Past.Ref. Hans-Georg Orthlauf-Blooß (V.i.S.d.P) • **Anschrift** Weihergartenstraße 22, 55116 Mainz • 06131 - 253-864 • [bss.mainz@bistum-mainz.de](mailto:bss.mainz@bistum-mainz.de) •